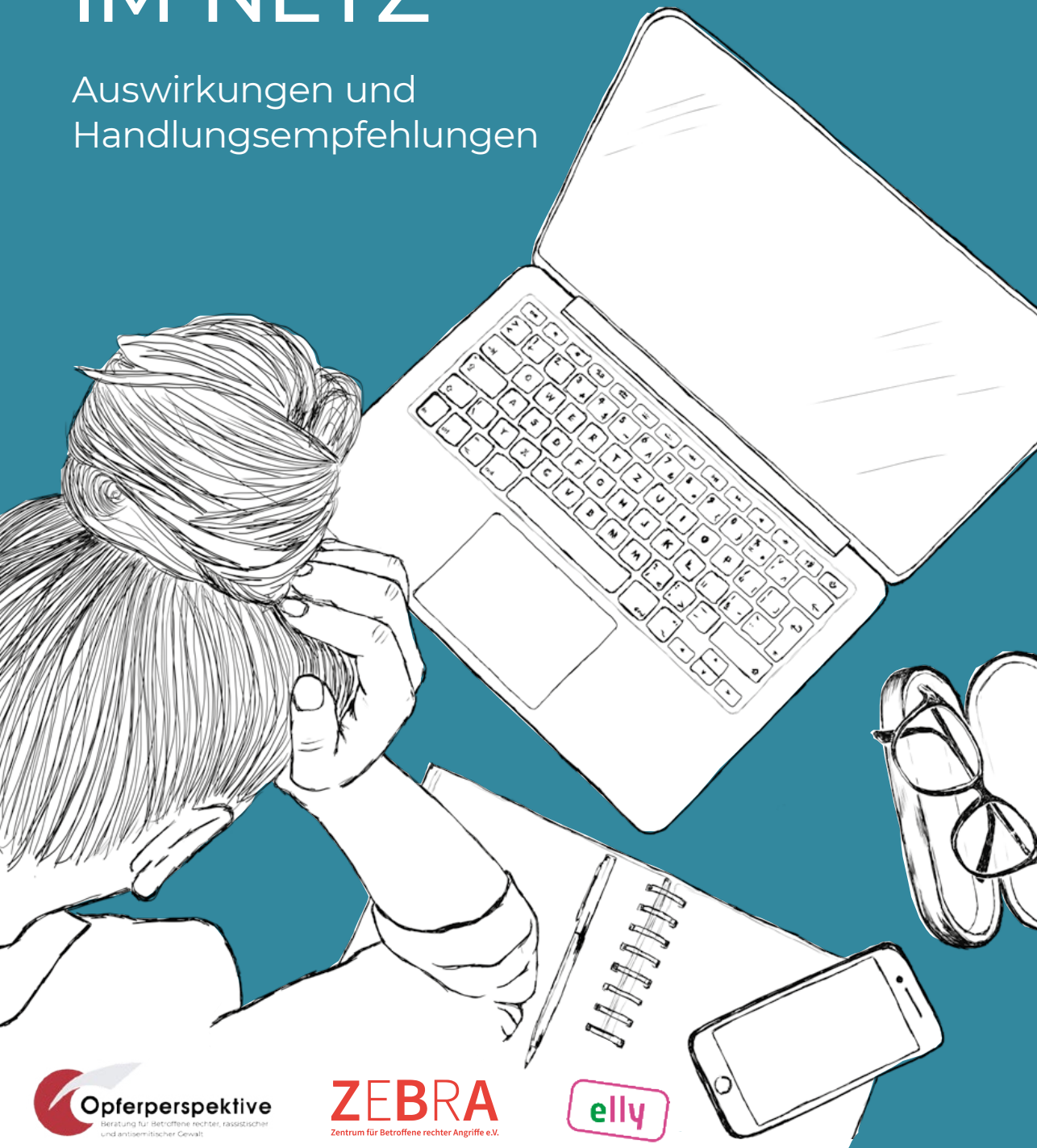
RECHTE ANGRIFFE IM NETZ

Auswirkungen und Handlungsempfehlungen



Opferperspektive
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

ZEBRA
Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.

elly

GEMEINSAM STARK GEGEN RECHTE GEWALT IM NETZ

Digitale Angriffe sind im Internet allgegenwärtig. Rechte Aktivist*innen, Politiker*innen und Trolle diffamieren Andersdenkende und schüchtern gezielt Menschen ein, die nicht in ihr Weltbild passen.

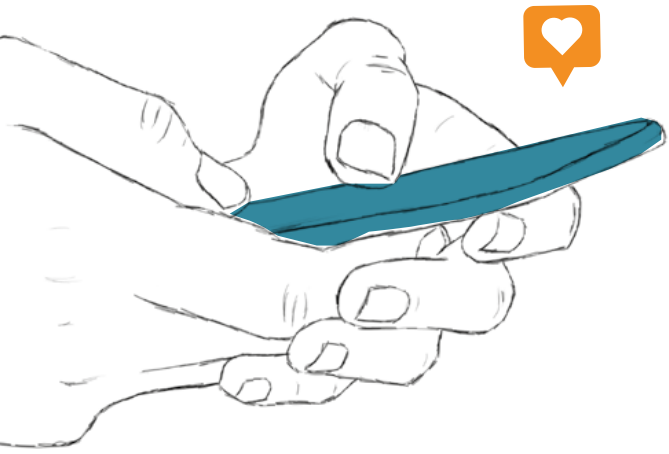
Ihre Methoden reichen von persönlichen Anfeindungen bis hin zu organisierten Kampagnen, die Betroffene öffentlich herabwürdigen oder gar bedrohen. Mitunter sammeln sie private Informationen über politische Gegner*innen und veröffentlichen diese in sogenannten „Feindeslisten", die im Internet kursieren oder in reichweitenstarken Messenger-Kanälen geteilt werden.

Poltisch motivierte Angriffe im Netz werden als HateSpeech oder wörtlich übersetzt Hassrede bezeichnet. Sie stellen eine Form psychischer Gewalt dar und sind Ausdruck menschenverachtender Ansichten, weil Betroffene aufgrund ihrer Herkunft, Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status oder ihrer demokratischen Haltung abwertet werden. Hass im Netz schürt Angst, lässt gegnerische Stimmen verstummen und zielt darauf ab, die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben. Er trifft Menschen mitten im digitalen Alltag. Wer betroffen ist, erlebt oft tiefe Verunsicherung und fühlt sich ohnmächtig.

Mit dieser Broschüre richten sich die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt an Betroffene von HateSpeech, ihre Unterstützer*innen und an alle, die sicher im Netz agieren möchten. Sie vermittelt Wissen über die Funktionsweisen sowie die individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen digitaler Angriffe. Anhand von Fallbeispielen und Checklisten werden konkrete Handlungsempfehlungen für einen selbstbewussten Umgang mit Hass im Netz zur Verfügung gestellt. Unser Ziel ist es, Betroffene zu stärken und das Internet als Raum für lebendige, respektvolle und sichere Diskussionen zu erhalten.

AUSWIRKUNGEN RECHTER ANGRIFFE IM NETZ

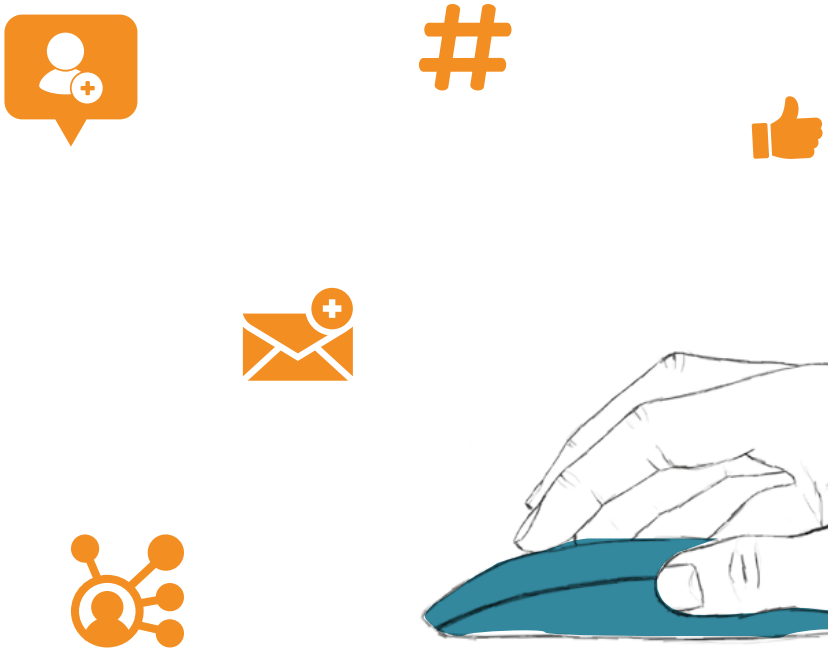
Digitale Anfeindungen sind keineswegs nur Ausdruck einer verrohten Gesprächskultur in der scheinbar anonymen Sphäre des Internets, sondern Teil einer politischen Strategie, die darauf abzielt, die Meinungshoheit im Netz zu erlangen.



Durch das Fluten von Kommentarspalten mit rechten Inhalten und gezielte Kampagnen gegen politische Gegner*innen sollen Menschen, die für demokratische Werte einstehen, aus der (medialen) Öffentlichkeit verdrängt werden. Die Folgen für Betroffene und die demokratisch verfasste Gesellschaft sind eklatant.

Rechte Angriffe als Botschaftstaten

Rechte Angriffe, ob in Form digitaler Drohungen oder körperlicher Gewalt, sind stets als Botschaftstaten zu verstehen. Betroffene werden dabei stellvertretend für ihre tatsächliche oder vermeintliche Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe attackiert. Jeder Angriff signalisiert allen Angehörigen dieser Gruppe, dass auch sie selbst aufgrund ihrer politischen Ansichten, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung jederzeit mit Gewalt rechnen müssen.



Da sich die Motivation der Angreifer*innen aus Ideologien der Ungleichwertigkeit speist, stellen ihre Taten grundlegende demokratische Werte wie Gleichheit, Freiheit sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller infrage und greifen so die Demokratie als Ganzes an.

Folgen für Betroffene

Die Konfrontation mit Online-Hass führt bei Betroffenen nicht selten zu starkem emotionalem Stress, der Angst- und Unruhezustände bis hin zu Depressionen auslösen kann. Da digitale Angriffe meist auf einer sehr persönlichen oder gar sexualisierten Ebene stattfinden, sind die damit verbundenen psychischen Belastungen entsprechend hoch und wirken sich – insbesondere bei jungen Menschen – negativ auf das Selbstbild aus.

Auch vorurteilsgeleitete Anfeindungen, die sich auf persönliche Merkmale wie Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung oder Identität sowie das Aussehen beziehen, sind hochgradig verletzend und in besonderem Maße belastend. Viele Betroffene teilen zudem die Sorge, dass sich digitale Angriffe in die analoge Lebenswelt verlagern könnten und leiden unter einem Verlust ihres Sicherheitsgefühls.

Ein erhöhtes Risiko einer solchen Ausdehnung in den analogen Raum besteht insbesondere dann, wenn Anfeindungen auf ein konkretes Ereignis - etwa einen Christopher-Street-Day (CSD) in einer Kleinstadt oder eine lokale Debatte über Kriminalität und Migration - bezogen sind und die Form von Kampagnen annehmen. In solchen Fällen nutzen rechte Akteur*innen die Erregungsdynamik und Reichweite sozialer Medien, um gezielt Personen, die sich demokratisch positionieren, als Gegner*innen zu markieren und öffentlich einzuschüchtern.

Je mehr Akteur*innen in die Hetze einstimmen, um sich selbst zu profilieren, desto höher steigt das Risiko, dass sich eine Debatte weiter radikalisiert und auch die Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt sinkt.

Folgen für Diskussionskultur und Demokratie

Das Internet ist längst zum zentralen Medium für Informations- und Meinungsaustausch geworden. Viele Nutzer*innen ziehen sich aufgrund zunehmender Anfeindungen jedoch aus dem digitalen Raum zurück oder vermeiden es, sich zu bestimmten Themen zu äußern. Dies betrifft sogar Mitlesende, die sich angesichts des Hasses im Netz verunsichert fühlen, auch wenn sie selbst nicht persönlich angegriffen werden.

Wenn Hassrede widerspruchslos die Kommentarspalten dominiert, entsteht ein verzerrtes Bild gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Eindruck, rechte Ansichten seien mehrheitsfähig. Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus, Hass auf Wohnungslose oder Menschen mit Behinderung sowie demokratiefeindliche Einstellungen werden verbreitet, bestätigt und legitimiert. Die Meinungsvielfalt - ein Grundpfeiler einer pluralistischen Gesellschaft - nimmt dadurch signifikant ab.



Wenn Hassrede widerspruchslos die Kommentarspalten dominiert, entsteht ein verzerrtes Bild gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Eindruck, rechte Ansichten seien mehrheitsfähig.



FALLBEISPIELE

▸ Doxxing persönlicher Daten

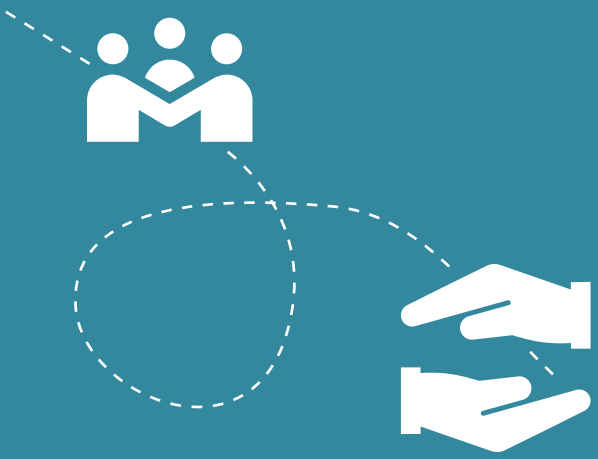
Eine Journalistin berichtet auf einem News-Blog über Aktivitäten der Reichsbürgerszene in ihrer Region und gerät dadurch in den Fokus von Neonazis. Diese sammeln persönliche Informationen über sie und veröffentlichen die Daten in einem reichweitenstarken Telegram-Channel. Andere Nutzer*innen kommentieren den anonymen Post mit Gewaltaufrufen. In der Folge fühlt sich die Journalistin in ihrem Wohnumfeld nicht mehr sicher und befürchtet, auch physisch angegriffen zu werden. Sie informiert die Polizei und stellt Strafanzeige wegen Bedrohung und Doxxing. Gemeinsam mit einer Fachberatungsstelle erwirkt sie eine Auskunftssperre beim Einwohnermeldeamt, um die Weitergabe ihrer Adresse zu verhindern und erörtert weitere Schutzmaßnahmen, um ihr Sicherheitsgefühl wiederzuerlangen.

▸ Bedrohung auf Social Media

Eine Autorin veröffentlicht auf Instagram einen kritischen Beitrag über einen verschwörungsideologischen Influencer. Daraufhin wird sie von einem Anhänger des Influencers mit einer Vielzahl von Direktnachrichten belästigt, die sowohl antisemitische als auch frauenfeindliche Beleidigungen sowie Morddrohungen beinhalten. Sie dokumentiert die Nachrichten und recherchiert zusätzliche Informationen zu dem Urheber. Anschließend blockiert sie dessen Profil und erstattet über eine Fachberatungsstelle Anzeige bei der Polizei. Damit ihr Wohnort nicht in die Ermittlungsakten gelangt, gibt sie die Adresse der Beratungsstelle als ladungsfähige Anschrift an.

▸ Digitale und analoge Angriffe

Ein Rentner, der sich in einem Verein für Geflüchtete in seinem Ort engagiert, gerät in den Fokus einer rechten Facebook-Gruppe. Dort wird auch ein Foto von ihm gepostet, das aus einer Lokalzeitung stammt. Kurz darauf tauchen neonazistischen Schmierereien an seinem Wohnhaus auf. Neben der Meldung der Hasspostings und einer Anzeige bei der Polizei, verfasst er gemeinsam mit seinem Verein eine Pressemitteilung, um den Vorfall in der Region bekannt zu machen und rechte Gewalt öffentlich zu thematisieren. In der Folge erhält er zahlreiche Solidaritätsbekundungen und Unterstützung von Menschen, die seine Arbeit schätzen.



▸ Shitstorm nach Engagement gegen rechts

Nachdem ein Jugendlicher in seiner Schule einen Hitlergruß gezeigt hat, wird er von einer Mitschülerin, die sich gegen rechts engagiert, angezeigt. Für ihre Zivilcourage erhält sie später einen Preis und postet ein Video dazu auf TikTok. Wenig später beginnt ein Shitstorm gegen sie, der aus dem Umfeld des beschuldigten Mitschülers organisiert wird und mehrere Tage andauert. Sie erhält hunderte abfällige und einschüchternde Kommentare und Nachrichten, woraufhin sie weitere Anfeindungen in der Schule befürchtet und an ihrem Engagement zweifelt. Weil die Angriffe sie sehr verletzen, bittet die Schülerin ihre ältere Schwester ihren TikTok-Account zu verwalten, bis sich die Situation wieder beruhigt hat, und die Sicherheitseinstellungen zu aktualisieren. Gemeinsam mit ihren Eltern informiert sie die Klassenlehrerin, um eine weitere Eskalation in der Schule zu verhindern.

▸ Anfeindungen gegen eine Kulturveranstaltung

Ein Theaterkollektiv führt in verschiedenen Kleinstädten ein Stück für Schüler*innen auf, in dem es um sexuelle Aufklärung geht. Daraufhin starten rechte Akteure in einigen Aufführungsorten eine Hetzkampagne gegen die Gruppe und verbreiten unter anderem falsche Informationen über das Stück. Über ihr Instagram-Profil erreichen die Schauspieler*innen Anfeindungen und Verleumdungen. Außerdem kündigen Neonazis an, Aufführungen zu stören. Die Betroffenen entscheiden sich, offensiv mit den Hassnachrichten umzugehen. Sie melden beleidigende Kommentare bei einem Meldeportal für Hass im Netz, damit sie zeitnah gelöscht werden, und veröffentlichen Auszüge der Anfeindungen auf Instagram, um Öffentlichkeit zu erzeugen. Dadurch erhalten sie eine große Reichweite und viel Zuspruch. Außerdem informieren sie die Polizei und erarbeiten mit den Verantstalter*innen Sicherheitskonzepte, um auf eventuelle Störungen bei den Aufführungen gut reagieren zu können.

STABIL BLEIBEN IM UMGANG MIT HASS IM NETZ

Digitale Vernetzung ist aus unserem Alltag kaum mehr wegzudenken. Wir pflegen Freundschaften über soziale Netzwerke und nutzen verschiedene Plattformen, um uns mit anderen über unsere Interessen und Ansichten auszutauschen.

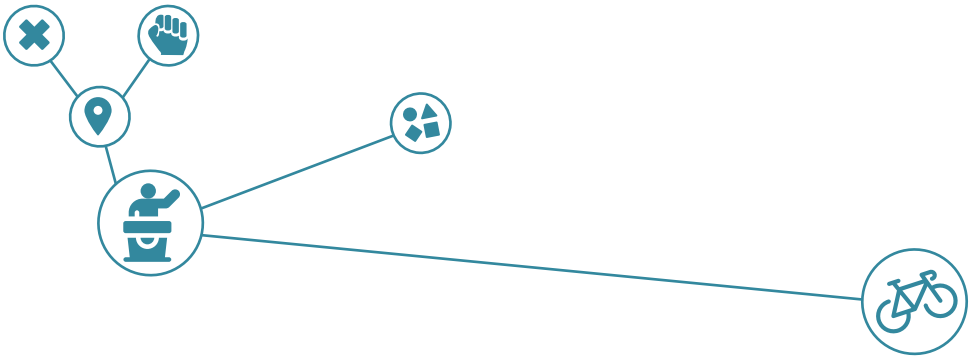


Vielen Menschen ist es wichtig, sich immer und überall „connected“ fühlen zu können. Durch diese Allgegenwärtigkeit des Internets erreichen digitale Anfeindungen Betroffene in allen Lebensbereichen und zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Verschiedene Techniken können helfen, in belastenden Situationen die Kontrolle zu bewahren und sich zu schützen.

- **Eigene Belastung ernst nehmen**
  Digitale Anfeindungen können äußerst verletzend sein und zu großer Verunsicherung führen. Es ist völlig normal, sich schlecht zu fühlen und nicht „einfach drüber zustehen“. Nehmen Sie Ihre Reaktionen ernst und nehmen Sie sich Zeit und Raum, um mit der Situation umzugehen.

Bleiben Sie nicht allein, wenn Sie von rechten Angriffen im digitalen Raum betroffen sind. Sprechen Sie mit Freund*innen und tauschen Sie sich mit Menschen aus, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.



- **Innere Distanz herstellen**
  Machen Sie sich bewusst, dass Sie keine Schuld an den Angriffen tragen. Hassrede ist kein individuelles Problem der Betroffenen, sondern eine politische Strategie und Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens. Das Wissen über Hintergründe und Mechanismen rechter Angriffe kann entlastend wirken und helfen, innere Distanz zu den Anfeindungen zu gewinnen.

- **Beschäftigung mit dem Thema begrenzen**
  Setzen Sie sich einen zeitlichen Rahmen für den Umgang mit den digitalen Anfeindungen. Planen Sie gegebenenfalls medienfreie Phasen oder Aktivitäten zur Erholung ein, um Stress zu reduzieren und Kraft zu schöpfen. In Akutphasen kann es sogar ratsam sein, sich selbst vor der Konfrontation mit dem Onlinehass zu schützen, indem eine Vertrauensperson die Social-Media-Kanäle vorübergehend betreut, entsprechende Inhalte meldet oder für eine mögliche Strafverfolgung sichert.

- **Austausch mit Anderen**
  Bleiben Sie nicht allein, wenn Sie von rechten Angriffen im digitalen Raum betroffen sind. Sprechen Sie mit Freund*innen und tauschen Sie sich mit Menschen aus, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Das kann im persönlichen Gespräch geschehen oder in digitalen Räumen, die sie als sicher und empowernd erleben. Es tut gut, die eigenen Erfahrungen und Gefühle teilen zu können und Solidarität zu erfahren.

- **Handlungsfähig bleiben**
  Die Handlungsmöglichkeiten und Checklisten im nächsten Kapitel helfen Ihnen, empfohlene Sicherheitsmaßnahmen umzusetzen und nach Angriffen die Kontrolle zurückzugewinnen.

HANDLUNGS-EMPFEHLUNGEN

1. WAS KANN ICH TUN?

- **Eigene Daten schützen**
  Achten Sie auf einen sorgsamen Umgang mit Ihren persönlichen Daten. Behalten Sie dafür die Sicherheitseinstellungen der Plattformen, Ihrer Accounts und Geräte im Blick und wägen Sie ab, welche Informationen Sie ins Netz stellen. Überprüfen Sie regelmäßig die Sicherheits- und Privatsphäreeinstellungen auf allen Plattformen und Messengern. Die Voreinstellungen der Dienste erlauben oft weitreichende Zugriffe und können sich ändern.

  Möglicherweise erfahren Personen anhand Ihrer Postings auch Dinge über Sie, die Sie selbst nicht bedacht haben. Fotos können beispielsweise Aufschluss über Ihre Gewohnheiten, Ihr Umfeld oder Orte und Veranstaltungen geben, die Sie besuchen. Personen, die ihre Profile beruflich oder aufgrund ihres politischen oder ehrenamtlichen Engagements nutzen, sind darauf angewiesen, dass diese aussagekräftig sind. Dennoch sollte beständig abgewogen werden, welche persönlichen Angaben in den falschen Händen ein Risiko darstellen könnten.

- **Profile blockieren**
  Dulden Sie keinen Hass auf Ihren persönlichen Seiten und Profilen. In den sozialen Medien gibt es die Möglichkeit andere Accounts zu blockieren. Blockierte Nutzer*innen können ihr Profil nicht mehr sehen, ihre Posts nicht mehr kommentieren und ihnen keine Nachrichten mehr senden. Um ein Profil zu blockieren, öffnen Sie das betreffende Konto und wählen in den Einstellungen „Blockieren“ aus.

- **HateSpeech auf Social-Media-Plattformen melden**
  Melden Sie Hasspostings über die interne Meldefunktion der jeweiligen Online-Plattform. Der Betreiber ist verpflichtet, Ihrer Meldung nachzugehen und Inhalte zu löschen, die strafbar sind oder gegen die Nutzungsregeln verstoßen. In der Regel befindet sich ein Button zum Melden in dem betreffenden Post selbst. Je häufiger Posts oder Profile gemeldet werden, desto höher ist die Chance, dass sie gelöscht oder gesperrt werden.

Checkliste für mehr Sicherheit im Netz

Allgemeine Tipps :

- Eine separate E-Mail-Adresse für Ihre Social-Media-Profile schützt vor ungewollter Weitergabe privater Daten.
- Individuelle, starke Passwörter reduzieren die Gefahr von Hacks. Ein Passwortmanager kann helfen, den Überblick zu behalten.
- Anmeldeverfahren mit 2-Faktor-Authentifizierung (z. B. über Passwort und SMS-Code) sichern Ihre Konten zusätzlich ab.



Privatsphäre-Check in den sozialen Netzwerken:

- Ist mein Profil öffentlich oder privat?
- Wer kann meine Beiträge und Stories sehen?
- Wer hat Einsicht in meine Freundesliste?
- Welche Informationen sind in meinem Profil einsehbar?
- Wird mein Klarname in der URL angezeigt?
- Bin ich über meine E-Mail-Adresse auffindbar?
- Wer kann mich in eigenen Beiträgen markieren oder meine Posts kommentieren?

Allgemeine Websuche:

- Führen Sie regelmäßig einen Selbsttest durch. Googeln Sie Ihren Namen in Verbindung mit Schlagwörtern wie Beruf, Wohnort oder Verein. Versuchen Sie Einträge, die ein Risiko für Sie darstellen, löschen zu lassen.

- **HateSpeech bei Meldestellen gegen Hass im Netz melden**
  Meldestellen gegen Hass im Netz helfen Nutzer*innen, gegen Hassrede vorzugehen. Dort können Inhalte unkompliziert und anonym gemeldet sowie entsprechende Links und Screenshots hochgeladen werden. Nach einer Prüfung richten die Meldestellen für Sie eine Löschbitte an den jeweiligen Plattformbetreiber und schätzen ein, ob der gemeldete Inhalt rechtswidrig ist. Potenziell strafbare Inhalte werden an Polizei oder Staatsanwaltschaft weitergegeben und Ermittlungen eingeleitet. Auf Wunsch informieren die Meldestellen Sie über den Fortgang des Anliegens und über weitere Unterstützungsangebote. Mit einer Meldung bei einer Meldestelle erreichen Sie bestenfalls, dass Hasspostings zeitnah gelöscht und die Verfasser*innen juristisch verfolgt werden.

  Meldemöglichkeiten finden Sie hier:

  Meldestelle Hessen gegen Hetze:
  https://hessengegenhetze.de

  Meldestelle REspect! im Netz:
  https://respectimnetz.de

- **Löschanträge stellen**
  Werden auf einer Webseite bedrohliche, beleidigende oder diffamierende Inhalte über Sie verbreitet oder sind bereits Infos über Sie öffentlich, die ein Sicherheitsrisiko darstellen, kann ein Löschantrag Abhilfe schaffen. Dies gilt auch für nicht einvernehmlich aufgenommene Bilder und Videos, das Doxxing persönlicher Informationen sowie für Inhalte, die sich auf Personen unter18 Jahren beziehen.

- **Auskunftssperre beantragen**
  Einwohnermeldeämter geben auf Antrag die aktuelle Anschrift von gemeldeten Privatpersonen heraus, wenn die anfragende Person gewisse Angaben machen kann. Menschen, die bedroht werden oder aufgrund ihres ehrenamtlichen Engagements, ihrer politischen Arbeit oder ihres Berufs besonders gefährdet sind, können ihre Wohnanschrift schützen, indem sie eine Auskunftssperre nach § 51 Bundesmeldegesetz ins Melderegister eintragen lassen. Der Antrag muss begründet und eine Gefährdung konkret nachgewiesen werden. Auch rechte Angriffe im Netz können eine solche Auskunftssperre rechtfertigen. Erkundigen Sie sich bei ihrem Einwohnermeldeamt oder informieren sie sich bei einer Fachberatungsstelle.

- **Professionelle Unterstützung suchen**
  Fachberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stehen Ihnen mit fachlicher Expertise zur Seite. Die Berater*innen bieten emotionale Unterstützung an und klären mit Ihnen gemeinsam, welche Handlungsoptionen nach digitalen Anfeindungen bestehen. Sie sind mit spezialisierten Ansprechstellen bei Polizei und Justiz vernetzt und vermitteln bei Bedarf auch an geeignete Rechtsanwält*innen oder Therapeut*innen.

  Eine Übersicht bundesweiter Anlaufstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt finden Sie unter:
  https://verband-brg.de/beratung



Meldestellen gegen Hass im Netz helfen Nutzer*innen, gegen Hassrede vorzugehen.





2. RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN

- **Strafanzeige**
  Eine Strafanzeige ist die Mitteilung eines Sachverhalts an die Strafverfolgungsbehörden. Diese sind verpflichtet, allen Anzeigen nachzugehen. Häufige Straftatbestände im Kontext digitaler Gewalt sind Beleidigung, Bedrohung, üble Nachrede, Verleumdung, Volksverhetzung oder Aufrufe zu Straftaten. Auch das Veröffentlichen privater Daten einer Person mit dem Ziel ihr zu schaden („Doxxing“) oder das Verbreiten von Fotos ohne Einverständnis kann strafbar sein. Ob ein Posting von der Meinungsfreiheit gedeckt ist oder einen Gesetzesverstoß darstellt, müssen Betroffene nicht selbst beurteilen. Sie können alle Inhalte zur Anzeige bringen, die Sie für strafbar halten.

  Anzeigen können persönlich auf dem Revier, schriftlich oder über eine Onlinewache gestellt werden. Erstellen Sie dafür rechtssichere Screenshots (siehe Checkliste). Berücksichtigen Sie, dass ermittelte Tatverdächtige erfahren, wer sie angezeigt hat und im Rahmen des Strafverfahrens das Recht haben, über einen Anwalt Einsicht in die Ermittlungsakte zu beantragen.

  Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Privatadresse zugänglich wird, können Sie stattdessen die Adresse einer Beratungsstelle oder einer Rechtsanwält*in als ladungsfähige Anschrift angeben. Bedenken Sie vor einer Anzeige, dass Sie gegenüber Staatsanwaltschaften und Gerichten zur Auskunft verpflichtet sind und für Aussagen vorgeladen werden können.

  Strafverfahren können sich über mehrere Jahre hinziehen. Auch führen sie nicht immer zu einer Verurteilung, etwa wenn keine tatverdächtige Person ermittelt wird oder Verfahren aus Mangel an Beweisen oder wegen geringem öffentlichen Interesse eingestellt werden. Dies kann eine frustrierende Erfahrung für Betroffene und Zeug*innen sein. Doch auch wenn eine Anzeige nicht zu einer Bestrafung führt, wird der Vorfall behördlich erfasst und ggf. in die Statistik politisch motivierter Kriminalität aufgenommen. Jede Anzeige trägt somit zur Sichtbarmachung rechter Angriffe im Netz bei.

  Zur Onlinewache der Polizei gelangen Sie unter:
  https://portal.onlinewache.polizei.de

- **Abmahnungen**
  Werden Inhalte veröffentlicht, die Ihre Rechte verletzen oder falsche Tatsachen behaupten, können Sie die verantwortliche Person außergerichtlich zur Löschung und zur Unterzeichnung einer Unterlassungserklärung auffordern. Bei Zuwiderhandlung droht der abgemahnten Person eine Vertragsstrafe, die vor einem Zivilgericht eingeklagt werden kann.

  Voraussetzung ist, dass der Name und die Adresse der betreffenden Person bekannt sind und eine strafbare Handlung konkret benannt werden kann. Hält eine Abmahnung vor Gericht jedoch nicht stand, tragen Sie alle Kosten des Verfahrens. Es ist daher ratsam, das Vorgehen mit einer Rechtsanwält*in abzustimmen und die Erfolgsaussichten abzuwägen.

Auch wenn eine Anzeige nicht zu einer Bestrafung führt, wird der Vorfall behördlich erfasst und ggf. in die Statistik politisch motivierter Kriminalität aufgenommen. Jede Anzeige trägt somit zur Sichtbarmachung rechter Angriffe im Netz bei.



Checkliste für beweissichere Screenshots

Sichern Sie folgende Informationen:

- **Inhalt des Postings:** Text, Bild oder Video vollständig erfassen.
- **Vollständige URL:** Link zur Originalquelle speichern.
- **Datum und Uhrzeit:** Zeitpunkt der Veröffentlichung des Posts sichern.
- **(User-)Name:** Namen oder Profil der verfassenden Person dokumentieren.
- **Kontext des Postings:** Sichern Sie auch den Ursprungsbeitrag, auf den sich das Hassposting bezieht sowie alle weiteren Inhalte, die für das Verständnis des Zusammenhangs relevant sind.

3. SOLIDARISCH SEIN

Jede*r kann Betroffene von Hassrede stärken und sich für die demokratische Vielfalt im Netz einsetzen.

- **Unterstützung anbieten**
  Zeigen Sie Solidarität und bieten Sie aktiv Unterstützung an, wenn Sie von rechten Angriffen in ihrem Umfeld erfahren. Betroffene fühlen sich nach Angriffen häufig allein gelassen und überfordert. Nicht selten suchen sie die Schuld fälschlicherweise bei sich selbst. Gesprächsangebote zeigen Ihnen, dass es Verbündete gibt. Nehmen Sie die Schilderungen der Betroffenen ernst und beziehen Sie klar Stellung gegen die Angreifer*innen.

- **Hassrede melden und Straftaten anzeigen**
  Alle Nutzer*innen können dazu beitragen, dass Hetze gelöscht wird, indem Sie Hassrede bei den Plattformen oder einer unabhängigen Meldestelle melden und strafbare Inhalte anzeigen. Je häufiger ein Beitrag gemeldet wird, desto größer die Chance, dass eine Plattform den Inhalt löscht oder das Profil der Verfasser*in zeitweilig sperrt. Das ist ein Signal, dass Hassrede Konsequenzen hat. Informationen zu Meldewegen und Strafanzeigen finden Sie in den Kapiteln „Handlungsempfehlungen“ und „Rechtliche Möglichkeiten“.

- **Gegenrede leisten**
  Zeigen Sie Betroffenen und Mitlesenden, dass rechte Hetze nicht von einer schweigenden Mehrheit getragen wird. Formulieren Sie eigene Kommentare und unterstützen Sie andere, indem Sie Gegenrede liken und teilen. Achten Sie jedoch darauf, mit Ihrem Engagement nicht die Reichweite hasserfüllter Inhalte zu erhöhen, sondern gezielt Beiträge zu unterstützen, die Haltung zeigen. Bedenken Sie, dass Sie dadurch selbst in den Fokus rechter Accounts geraten könnten. Halten Sie daher die Sicherheits- und Privatsphäreeinstellungen Ihrer Profile aktuell.

- **Accounts für andere betreuen**
  Für Betroffene kann es entlastend sein, ihre Accounts zeitweise in die Hände einer vertrauten Person zu geben. Sie können unterstützen, indem Sie den Account betreuen, Kommentare melden, Beweise sichern, Nutzer*innen blockieren und das Profil wieder nutzbar machen.

4. UNTERSTÜTZUNG VON FACHBERATUNGSSTELLEN

Wenn Sie von einem rechten Angriff im digitalen Raum betroffen sind, können Sie sich an eine Fachberatungsstelle für Betroffene rechter Gewalt wenden. Die Kontaktdaten der Angebote in Ihrem Bundesland finden Sie auf der Webseite des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG): https://verband-brg.de/beratung

Die Beratung ist kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym. Termine sind in den Beratungsstellen, aufsuchend in Ihrer Nähe oder online möglich. Bei Bedarf werden Dolmetscher*innen hinzugezogen.

Angebote der Beratungsstellen:

- **Psychosoziale Beratung**
  Die Berater*innen geben Orientierung nach Angriffen und bieten Unterstützung im Umgang mit dem individuellen Belastungserleben an.

- **Unterstützung in rechtlichen Fragen**
  Die Beratungsstellen informieren Betroffene über ihre rechtlichen Möglichkeiten und begleiten sie in der Entscheidungsfindung. Sie sind mit den zuständigen Stellen bei Polizei und Justiz vernetzt und können an Fachanwält*innen vermitteln. Sie beraten auch zu Möglichkeiten der Finanzierung eines Rechtsbeistands.

- **Begleitung**
  Die Berater*innen begleiten Betroffene und Zeug*innen auf Wunsch zu Terminen bei Polizei, Gericht oder Anwält*innen.

- **Risikoeinschätzung**
  Die Beratungsstellen können mit den Betroffenen gemeinsam Risiken abschätzen, über Schutzmaßnahmen informieren und bei akuter Gefährdung die zuständigen Behörden hinzuziehen.

- **Öffentlichkeitsarbeit**
  Gemeinsam kann gezielt die Öffentlichkeit über rechte Angriffe informiert werden.



Wenn Sie von einem rechten Angriff im digitalen Raum betroffen sind, können Sie sich an eine Fachberatungsstelle für Betroffene rechter Gewalt wenden.



Impressum

Herausgeber*innen: Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V., ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V., re:solut e.V.

V.i.S.d.P.: Robin Herz (Opferperspektive e.V.)

Autor*innen: Matthias Groß und Ulrike Sprenkmann

Diese erweiterte Broschüre basiert auf der gleichnamigen Veröffentlichung unserer Partner*innen der Beratungsstelle SUPPORT der RAA Sachsen e.V. aus dem Jahr 2025. Sie wurde ursprünglich von Tim Mönch erarbeitet und unter gleichem Titel erstmals 2021 als Gemeinschaftsprojekt von Support, Zebra e.V. und Opferperspektive e.V. veröffentlicht. Unser Dank gilt Tim Mönch, Matthias Groß, Ulrike Sprenkmann und allen beteiligten Partner*innen.

Gestaltung: gegenfeuer.net

Erschienen: 2026

Copyright: Dieses Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0. International.
Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie: https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de

Haftungsausschluss: Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber*innen keine Gewähr.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Fördermittelgeber dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgebenden die Verantwortung.

gefördert durch:

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Gefördert vom Land Brandenburg im Rahmen des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg

Opferperspektive – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Brandenburg
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
+49 331 817 000 0
info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de

ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.
Eckernförder Straße 87
24116 Kiel
+49 431 30140379
info@zebraev.de
www.zebraev.de

elly - Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen
in Trägerschaft von re:solut e.V.
Clara-Zetkin-Str. 40
99099 Erfurt
+49 361 – 663 362 60
info@elly-beratung.de
elly-beratung.de

Onlineberatung:
supportcompass.onlineberatung.net